

Alles haben ?? oder gar nichts?

Description

Ein neues Verständnis der politischen Teilhabe der zweiten Generation

Adriana Cassis

Jahrzehntelang prägte eine Erzählung unser Verständnis von der politischen Teilhabe von Einwanderern in Europa: Die Kinder von Einwanderern, die im Aufnahmeland geboren und aufgewachsen sind, dort zur Schule gegangen sind und über volle politische Rechte verfügen, würden irgendwann zu ihren Altersgenossen ohne Migrationshintergrund aufschließen. Integration war in dieser Sichtweise eine Frage der Zeit. Dahinter verbargen sich eine Reihe unausgesprochener Annahmen ?? vor allem die, dass Integration linear und ein Nullsummenspiel sei. Integration nehme über Generationen hinweg zu und integriert zu sein bedeute zwangsläufig, sich für das Wohnsitzland zu engagieren und gleichzeitig die Verbindungen zum Herkunftsland abubrechen. Meine Forschung legt nahe, dass beides nicht zutrifft ?? und dass genau diese ??Alles-oder-Nichts?-Sichtweise der Grund dafür ist, dass unser Verständnis in die falsche Richtung gelaufen ist.

In den vergangenen Jahren habe ich mich daran gemacht, die politische Teilhabe der zweiten Generation von Bürgerlicher Herkunft in Deutschland und den Niederlanden zu untersuchen ?? der größten Gruppe mit Migrationshintergrund in Westeuropa. Durch die Kombination von groß angelegten Umfragedaten aus beiden Ländern mit ausführlichen Interviews mit hochgebildeten Erwachsenen der zweiten Generation wollte ich herausfinden, wie ihre politische Teilhabe tatsächlich aussah: Entspricht sie den Integrationserwartungen oder den Vorhersagen des Transnationalismus? Engagiert sich die zweite Generation im gleichen Maße wie ihre Altersgenossen, mehr oder weniger als ihre Eltern? Hält sie noch Verbindungen in die Türkei aufrecht, und prägen diese Verbindungen ihr politisches Engagement im Wohnsitzland, in der Türkei oder in beiden? Im Folgenden gehe ich auf meine wichtigsten Ergebnisse ein.

Politische Teilhabe ist nicht homogen

Die erste Erkenntnis ist, dass „politische Teilhabe“ kein einheitliches, homogenes Verhalten ist. Wählen und beispielsweise die Teilnahme an einer Demonstration oder die Mitgliedschaft in einer zivilgesellschaftlichen Organisation folgen völlig unterschiedlichen Logiken. Frauen gehen eher zur Wahl als Männer, beteiligen sich jedoch seltener an sichtbaren, nicht-wahlbezogenen Aktionen wie beispielsweise die Teilnahme an einer Demonstration, „nicht, weil sie weniger Interesse an Politik haben, sondern weil nicht-wahlbezogene Aktivitäten für sie mit höheren sozialen Kosten verbunden sind. Geschlechtsspezifische Normen, die das öffentliche Engagement von Männern belohnen und das von Frauen hemmen, ziehen sich quer durch Migranten- und Nicht-Migranten-Gemeinschaften gleichermaßen. Zum Beispiel reduziert Care-Arbeit, die meistens von Frauen verrichtet wird, ihre zeitlichen Möglichkeiten für nicht-wahlbezogene politische Teilhabe. Bildung erhöht fast ausnahmslos die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen, garantiert jedoch kein Engagement außerhalb von Wahlen; dieses hängt stärker davon ab, ob Menschen in zivilen Netzwerken eingebettet sind.

Diskriminierung mobilisiert nicht nur „sie kann auch desillusionieren

Eine zweite Erkenntnis betrifft Diskriminierung. Oft wird angenommen, dass das Erleben von Ausgrenzung Menschen zu politischem Handeln treibt, und manchmal ist das auch der Fall: Viele Befragte beschrieben Diskriminierung als den Auslöser, der sie mit Jugendgruppen von Migranten, Organisationen für Minderheitenrechte oder feministischen Netzwerken in Verbindung brachte. Für andere jedoch führten dieselben wiederholten Erfahrungen zu etwas ganz anderem „zu einem Gefühl, nirgendwo dazuzugehören, und schließlich zum völligen Rückzug aus der Politik. Diskriminierung ist, mit anderen Worten, kein verlässlicher Motor für politisches Engagement. Sie ist eine Weggabelung, und welcher Weg eingeschlagen wird, hängt davon ab, ob die Betroffenen Unterstützung, Gemeinschaft und eine gemeinsame Geschichte finden, um das, was ihnen widerfahren ist, einzuordnen.

Zwei Länder, zwei verschiedene Arten von Zugehörigkeit

Eine dritte Erkenntnis betrifft Identität. Interessant ist dabei nicht nur, dass Identität eine Rolle spielt, sondern auch, dass sie offenbar unterschiedliche Bedeutungen trägt, je nachdem, auf welches Land sie sich bezieht. In Interviews wurde die Verbundenheit mit Deutschland oder den Niederlanden meist in instrumentellen Begriffen beschrieben als Gefühl der politischen Beteiligung, Rechte und Wirksamkeit. Die Verbundenheit mit der Türkei hingegen wurde weitaus stärker in emotionalen und affektiven Begriffen dargestellt. Wenn die Identifikation mit dem einen Land als praktische Beziehung und die Identifikation mit dem anderen als emotionale Beziehung erlebt wird, dann erfassen Umfragen, die Identifikation als ein einziges, vergleichbares Maß behandeln, möglicherweise zwei ganz unterschiedliche Dinge. Dies ist weniger ein abgeschlossenes Ergebnis als vielmehr eine offene Frage, die meine Dissertation für die zukünftige Forschung aufwirft: Welche Auswirkungen haben die unterschiedlichen Bedeutungen von Identität und Zugehörigkeit auf das politische Verhalten und die politischen Einstellungen von Migranten und ihren Nachkommen?

Bildung hilft aber nicht bei allem

Bildung spielt im Kontext meiner Forschung eine große Rolle, da alle von mir selbst befragten Personen hochgebildet waren. Sie ist einer der stärksten Prädiktoren für die Wahlbeteiligung: Meine Interviews bestätigen die quantitativen Ergebnisse: Bildung fördert zwar die Wahlbeteiligung, unterstützt jedoch kein entsprechendes Engagement außerhalb von Wahlen, wie beispielsweise den Beitritt zu einer Organisation, die Teilnahme an Protesten oder die Kontaktaufnahme mit Politikern. Eine entscheidende Erkenntnis aus den Interviews war, dass hochgebildete Personen sowohl innerhalb der Migrantengemeinschaften als auch in der Nicht-Migrantengemeinschaft häufiger Diskriminierung wahrnehmen.

Dies hängt mit dem zusammen, was Forscher als Integrationsparadoxon bezeichnen: die Erkenntnis, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die besser ausgebildet und wirtschaftlich integriert sind, oft von mehr, statt von weniger Diskriminierung berichten vermutlich, weil sie sich in Umfeldern bewegen, in denen sie sichtbarer wird. Meine Interviews bestätigen, dass hochgebildete Erwachsene der zweiten Generation sich Diskriminierung sehr bewusst sind. Doch Bildung allein bestimmt nicht, was Menschen mit diesem Bewusstsein anfangen. Manche setzen es in Engagement um, indem sie es mit einer kollektiven Identität, einem Anliegen oder einer Gemeinschaft verknüpfen. Bildung schafft die Fähigkeiten und das Selbstvertrauen

für Teilhabe und schafft die Wahrnehmung ungleicher Behandlung, doch sie allein kann nicht erklären, ob dieses Bewusstsein in eine Stimme oder Schweigen mündet. Das hängt vom Geschlecht ab, von Diskriminierung und davon, ob eine unterstützende Gemeinschaft vorhanden ist, die der Erfahrung politische Bedeutung verleiht.

Integration und Transnationalismus gemeinsam neu denken

Diese Erkenntnisse stellen zwei Vorstellungen in Frage, die seit langem die Art und Weise prägen, wie wir Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund untersuchen. Das Integrationsparadigma geht von einem einzigen Ziel aus – der Ankunft in der neuen Gesellschaft –, woraufhin die Teilhabe einfach folgen sollte. Das Transnationalismus-Paradigma wurde oft als Gegenpol zur Integration dargestellt, als ob die Aufrechterhaltung von Verbindungen ins Ausland zwangsläufig eine Loslösung vom Heimatland bedeuten würde. Keines der beiden Modelle allein entspricht den tatsächlichen Erfahrungen der zweiten Generation. Ihr politisches Leben spielt sich gleichzeitig grenzüberschreitend ab und wird von ungleichen Belastungen geprägt, die mit Geschlecht, Religion und Diskriminierung an beiden Orten zugleich verbunden sind.

Wenn politische Zugehörigkeit in zunehmend vielfältigen Demokratien von ungleichen sozialen Kosten abhängt, dann erfordert die Überwindung von Teilhabelücken mehr, als nur auf die nächste Generation zu warten. Sie erfordert den Aufbau von Institutionen und sozialen Umfeldern – in der Politik, am Arbeitsplatz und im zivilgesellschaftlichen Leben –, in denen sichtbares politisches Engagement manche Bürger nicht mehr kostet als andere.

Hinweis zur Publikation: Die vollständigen Ergebnisse dieser Studie können in meiner Dissertation nachgelesen werden, die an der Universität Duisburg-Essen veröffentlicht wird und anschließend [hier](#) lesbar ist.

Weiterführende Literatur

- Geurts, N., Davids, T., & Spierings, N. (2021). The lived experience of an integration paradox: Why high-skilled migrants from Turkey experience little national belonging in the Netherlands. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 47(1), 69–87.
- Goerres, A., Mayer, S. J., & Spies, D. C. (2022). A new electorate? Explaining the party preferences of immigrant-origin voters at the 2017 Bundestag election. *British Journal of*

Political Science, 52(3), 1032–1054

- MÃ¼gge, L., Kranendonk, M., Vermeulen, F., & Aydemir, N. (2021). Migrant votes here and there: Transnational electoral behavior of Turks in the Netherlands. *Migration Studies*, 9(3), 400–422.
- Schaeffer, M., & Kas, A. (2023). The integration paradox: A review and reconciliation. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 49(6), 1381–1399.
- Spierings, N. (2015). Gender equality attitudes among Turks in Western Europe and Turkey: The interrelated impact of migration and parents' attitudes. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41(5), 749–771.

Date Created

August 10, 2026

Author

politikwissenschaft_h1c5yk